

# Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Dienstag, 20. März 1934

Nr. 66

## Eine Brandrede Mussolinis

### Für die ungarischen Revisionspläne und die Aufrüstung Deutschlands Gegen den Völkerbund — Fascistische Expansion nach Afrika und Asien

Prag, 19. März. Gestern hielt Mussolini in Rom vor 5000 faschistischen Führern in der Oper eine außenpolitische Rede, in der er u. a. die territorialen Ansprüche Ungarns und die Aufrüstung Deutschlands offen billigte und die Expansion Italiens nach Asien und Afrika als nächstes Ziel ankündigte.

Die Rede hat, wie man jetzt schon aus Zeitungsstimmen feststellen kann, in Frankreich und in Kreisen der Kleinen Entente große Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Anschein, als ob durch diese Rede die eben erst von Mussolini eingeleitete Annäherung zwischen Italien und den genannten Staaten, die auf einer gemeinsamen Front gegen die deutschen Bestrebungen nach Gleichstellung Österreichs basieren sollte, arg in Mitleidenschaft gezogen sei, bevor noch konkrete Handlungen in dieser Richtung vorliegen.

Unter diesen Umständen kann man auf das angekündigte Exposé des Außenministers Dr. Beneš am Mittwoch doppelt gespannt sein.

Nachdem Mussolini die Prinzipien des letzten Jahrhunderts, Demokratie, Sozialismus, Liberalismus, Freiheitskämpfe etc. als „tot“ und „erloschen“ bezeichnet hatte, ging er auf außenpolitische Fragen über.

Über Österreich erklärte er, es wisse, daß es bei dem Schicksal seiner Unabhängigkeit als souveräner Staat auf Italien rechnen könne und daß Italien alles tun werde, was in seinen Kräften liege, um die Lebensbedingungen seiner Bevölkerung zu erleichtern.

Zu Jugoslawien seien die Beziehungen normal, d. h. diplomatisch korrekt. Es sei möglich, die Beziehungen zu verbessern, aber dieses Problem könne erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn die für seine Lösung unerlässlichen und erforderlichen Voraussetzungen genau determiniert sein werden.

Die Beziehungen zu Frankreich hätten sich allgemein gebessert, doch sei noch kein einziges der großen und kleinen Probleme, die seit 15 Jahren zwischen den beiden Staaten schweben, befriedigend gelöst worden. Trotzdem lasse sich u. a. in gewissen sehr wichtigen allgemeinen europäischen Fragen eine gewisse Annäherung beobachten. Das bedeute bereits einen günstigen Anfang, der hoffentlich zu einer weiteren geistlichen Entwicklung führen könne.

Ganz besonders offen setzte sich Mussolini jedoch für die Pläne der ungarischen Revisionspläne ein:

„Ungarn ist isoliert und um Länder beraubt, die absolut magyarisch sind. Ungarn hat bei Italien Verständnis und Solidarität gefunden, die nicht von gestern datieren. Ungarn wünscht, daß ihm Gerechtigkeit widerfähre und daß die Versprechungen eingehalten werden, die ihm während den Friedensverhandlungen feierlich gemacht wurden. Italien hat diese Forderungen unterstützt und unterstützt sie weiter. Die ungarische Nation ist

eine starke Nation, die eine bessere Zukunft verdient. Sie wird sie auch haben.“

Auf allgemeine Probleme übergehend, befand er sich wieder mit seinem Lieblingssthema, der Reform des Völkerbundes, deren Notwendigkeit angeblich seit allgemein anerkannt worden sei. An die Reform könne man erst nach dem Abschluß der Abrüstungskonferenz herangehen, denn wenn diese Konferenz scheiterte, dann werde man einfach den Tod des Völkerbundes konstatieren.

Wenn die gerüsteten Staaten nicht abrüsteten, dann könnten sie sich „logischerweise“ der Verwirklichung jener Rechtsgleichheit, die Deutschland im Dezember 1932 (also noch unter Schickler!) zuerkannt wurde, angeblich nicht widersetzen. Es sei eine pure Illusion zu glauben, daß es für ewige Zeiten möglich sei, ein Volk wie das deutsche im Zustand der Abrüstung zu erhalten. Diese Illusion könne von den Tatsachen selbst gestört werden, es wäre denn, daß man die Absicht hätte, eine etwaige schrittweise Aufrüstung Deutschlands mit Gewalt zu verhindern. Ein solches Spiel hätte aber einen sehr hohen Einsatz, nämlich den Krieg.

Die historischen Ziele Italiens, dessen Nordgrenze durch die Alpen gegeben sei, behielten nach Mussolini Asien und Afrika.

Über die Tragweite dieses Jahrhunderts alten Zieles, das den italienischen Generationen von heute wie von morgen anzuweisen sei, möge sich niemand einer Täuschung hingeben. Es handle sich nicht um territoriale Eroberungen, sondern um eine natürliche Expansion. Italien wolle, daß „zufriedenstellte und konservative Leute, die ihre Ziele erreicht zu haben glauben, nicht versuchen sollen, die geistige, politische und wirtschaftliche Expansion des faschistischen Italiens in jeder Richtung zu hemmen.“

und Jugoslawien würden einer Revision der territorialen Bestimmungen des Vertrages von Trianon nicht zustimmen und

Mussolini sei es sicher nicht unbekannt — fügt das Blatt ausdrücklich hinzu —, daß eine Revision den Krieg bedeuten würde.

Es ist zu befürchten — schreibt „Tempo“ seinen Artikel — daß der Wille zur Zusammenarbeit, der in dem italienisch-österreichischen Protokoll zum Ausdruck kommt, nunmehr durch die sonntägliche Rede Mussolinis, die bei den Staaten der Kleinen Entente Mißtrauen hervorgerufen muß, ernstlich bedroht ist.

Die Rede Mussolinis rief auch in Osteuropa einen unangenehmen Eindruck hervor. In Völkereinkreisungen findet die Ansicht des italienischen Ministerpräsidenten, daß die meisten Staaten eine Reform des Völkerbundes wünschen, keine Zustimmung. Außerdem wurde auch die Erklärung über das Abbrüstungsproblem mit Heberaussetzung und Verwässerung aufgenommen. Die Worte über die Abrüstung und den Völkerbund werden mit Rücksicht auf die Lage auf der Abrüstungskonferenz als befrüchtigt angesehen.

### Zum Referat nach Berlin

Rom, 19. März. Der deutsche Vorkämpfer beim Quirinal von Gaffel wurde nach seiner Unterredungen mit Dr. Dollfuß und Benesch nach Berlin berufen, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten.

### 19 Mitschuldige Staviskys in Untersuchungshaft

Paris, 19. März. Die Gesamtzahl der Verurteilten, die sich wegen Teilnahme an den Staviskybetrügereien in Gefängnis befinden, beträgt 19. Darunter sind zwei Abgeordnete, zwei Advokaten, zwei Journalisten sowie vier Bankdirektoren. Außerdem befinden sich zwei verdächtige Personen vorläufig auf freiem Fuß und fünf weitere Personen werden gerichtlich verfolgt.

### Sozialistischer Wahlsieg in Argentinien

In Argentinien fanden Wahlen statt, bei denen die Hälfte der Deputierten des Bundesparlamentes und des Stadtrats der Bundeshauptstadt Buenos Aires erneuert wurden. Diese, alle zwei Jahre erfolgende Erneuerung der Hälfte der Volksvertretung, die in der Verfassung vorgesehen ist, wurde durch den Staatsstreich vom September 1931, der mit der Regierung auch die Kammer wegwarf, unterbrochen, so daß bei den letzten Wahlen vom 8. November 1931 das ganze Parlament erneuert wurde. Das Los hat nun die 79 Abgeordneten bestimmt, deren Mandat abgelaufen ist. Es findet Listenwahl statt mit Minderheitsvertretung: 55 Sitze kommen auf die Mehrheit, 24 auf die Minderheit. Wahlberechtigt ist jeder argentinische Bürger männlichen Geschlechts, der das 18. Lebensjahr erreicht hat.

Die Sozialistische Partei hat nun bei den jetzigen Wahlen einen großen Wahlsieg errungen. Wie aus Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, gemeldet wird, haben bei diesen Wahlen die Sozialisten in Buenos Aires eine starke Mehrheit erzielt. Sie erhielten mehr Stimmen, als alle anderen Parteien zusammen. Auch in vielen anderen Gemeinden konnte sie die Mehrheit erobern.

### Sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz

Bei den Gemeindevahlen in Winterthur erhielten die Sozialdemokraten 7407 Stimmen gegen 6515 im Jahre 1931. Sie nahmen den Kommunisten das einzige Mandat ab, über das diese verfügt hatten.

## IMPERIUM ROMANUM

### Die Protokolle von Rom

Der Optimismus, der Europa an den Rand des Abgrundes gebracht hat, indem er ihm alle Schatten rosig, alle Gefahren als nicht vorhanden, jeden trügerischen Schimmer, den eine Laterna magica aus dem Propagandabüro des Faschismus an den ungewölkten Horizont warf, als den Sonnenanfang eines neuen Tages in Frieden und Wohlstand vorkaufte, dieser dreimal verfluchte Optimismus, der den europäischen Demokratien jede Straft zum Handeln, jede Entscheidungsfähigkeit und damit jede Chance zum Gegenzug genommen hat, stirbt nicht, da wir am Abgrund halten und unter Schicksal deutlich vor uns sieht. Er fühlt sich bemühtigt, nun erst recht rege zu werden, uns gut zuzureden, wir sollten ruhig weitergehen, denn was sich vor uns auftut und uns zu verfallenen droht, das sei kein Abgrund, was uns bevorsteht, sei nie und nimmer die Katastrophe eines neuen Weltkriegs, was schon geschehen sei, könne man, richtig gesehen, als eine ganz harmlose Geschichte nehmen. Wir sind in ein Bienenneß gefallen, aber die Stimmungsmacher einer sorglos schönfärbenden Politik wollen uns weismachen, daß wir schlammigstenfalls unter Regenwürmern leben, die sich bei entsprechend gutem Willen unsererseits vielleicht sogar als Goldfische zu erkennen geben. Europa erstickt in der Umarmung des giftgeschwollenen Drachen Faschismus, aber die Georgsritter, die es retten und befreien sollten und könnten, reden ihm freundlich zu, das Ungeheuer nur herzhafte zu küssen, es werde sich dann gleich als verzauberter Märchenprinz entpuppen.

Italien, Ungarn und Österreich haben, unmittelbar nach der Unterzeichnung von Wien, die in Budapest und Rom bestellt worden war, drei Protokolle unterzeichnet, die in ihrem offiziellen Text und auf den ersten Blick harmlos erscheinen. Nur wer den Still von Staatsverträgen nicht kennt, wird sich täuschen lassen. Hinter so gallertig substanzlosen Phrasen haben sich seit den Zeiten des alten Rom und über die anderthalb Jahrtausende unpassende Praxis der päpstlichen Kurie bis zu den Staatsverträgen des 19. und 20. Jahrhunderts immer die größten und substanzbeständigen Anschläge auf Gut und Blut der Menschheit verborgen. Abgesehen davon, daß zum Protokoll I von Rom wahrscheinlich geheime Zusätze abkommen bestehen und daß es gar keinen Zweifel unterliegen kann, daß vor allem die in den Protokollen nicht berührten militärischen Fragen Gegenstand besonderer Abmachungen waren oder sein werden, vermag man durch die Lüge des Textes selbst den Tatbestand eines politischen Bündnisses von greifbarer Form zu erkennen. Die Lüge von der „Selbständigkeit“ der Vertragspartner ist zu dumm, als daß sie kommentiert werden müßte. Wenn sich eine Großmacht von dem politischen Format Italiens, dessen Außenpolitik von 1818, also von Piemont, an bis in die jüngste Zeit eine Kette von aggressiven, skrupellosen und einzig durch den „saero egoismo“ bestimmten Eroberungsaktionen gewesen ist, eine Macht, die durch den Übergang von der liberalen zur faschistischen Staatsform wahrlich nicht harmloser geworden ist, mit zwei kleinen, abgerüsteten (und im geheimen rüstenden) Staaten verbündet, so bedeutet das auf jeden Fall das Ende der Unabhängigkeit der Kleinstaaten. Dieselben Diplomaten, die in der Kolonisation zwischen den demokratischen Republiken Deutschland und Österreich eine Gefährdung der Unabhängigkeit Österreichs, wenn nicht schon ihr Ende sahen, dürften uns jetzt denn doch nicht erzählen, daß Österreich noch unabhängig sei.

Tatsächlich bedeutet das Protokoll I die Eingverleibung Österreichs und Ungarns in den Machtbereich des italienischen Faschismus. Einzig Rom

## Prag stark befremdet

Die Rede Mussolinis hat offenbar auch an Prager verantwortlichen Stellen vor allem wegen des Passus über Ungarn starke Verstimmung verursacht. Wenigstens erklärt die offizielle „Prager Presse“ hierzu an leitender Stelle:

„Die Kundgebung war leider nicht geeignet, einen eventuellen günstigen Eindruck der römischen Beratungen zu fördern, im Gegenteil, sie hat ihn zweifellos getrübt. Selbstverständlich ist dadurch auch die in den römischen Abkommen angeordnete Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit anderen Staaten in starkem Maße herabgemindert worden.“

Der tschechoslowakische Gesandte in Rom Dr. Chvalovský hatte Montag eine längere Unterredung mit dem Rabinetschef Mussolinis, dem Vorkämpfer Baron Aloisi.

## Paris „überrascht“

Paris, 19. März. Die französische Regierung hat bisher zu der Rede Mussolinis noch nicht offiziell Stellung genommen, an amtlichen Stellen verhehlt man jedoch keineswegs, daß man über den Ton der Rede Mussolinis überrascht ist. Der Eindruck drückt sich auch in politischen und parlamentarischen Kreisen sowie in der Presse vor.

„Tempo“ wirft die Frage auf, ob die Rede Mussolinis als zusätzliche Auslegung zu dem italienisch-österreichischen Protokoll aufzufassen ist. Das Blatt sträubt sich gegen diese Mahnahme, da es zwischen dem Text des politischen Protokolls und den Worten Mussolinis auffallende Widersprüche findet. Das politische Protokoll — sagt „Tempo“ — befaßt sich mit

Wissen zur Erhaltung des Friedens, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Organisierung der mitteleuropäischen Staaten und läßt die Türen zu ausföhrlichen Verhandlungen mit der Kleinen Entente offen. Der „Tempo“ weicht seine Verteidigung darüber aus, daß das Protokoll von Rom jede Anspielung auf die Revision der Friedensverträge vermeidet, während sich Mussolini in seiner Rede zum lauten Fürsprecher des magyarischen Revisionismus aufwirft. „Tempo“ würde gerne wissen, auf welche Ungarn gemachten Versprechungen Mussolini in seiner Rede anspielt und sagt, daß solche Versprechungen nicht bestehen. Die Tschechoslowakei, Rumänien

### III. Spenden-Ausweis

für die Opfer der Offener Grubenkatastrophe.

Von den Bezirksorganisationen:

	KE
Arnau	250.—
Kufing	300.—
Seemau	1.227,80
Brünn	237,85
Dug	2.008.—
Jägerndorf	1.660.—
Sarlsbad	847.—
Mies	606.—
Staab	22.—
Sternberg	15.—
Teplitz-Schönau	282.—
<b>Zusammen</b>	<b>7.510,65</b>
Bereits ausgewiesen	82.632,10
<b>Gesamtsumme</b>	<b>90.142,75</b>

wird die Politik von Budapest und Wien bestimmen. In Mussolinis Macht befinden sich die Alpenhöfe und die Donaubrücken und Ungarns Sache ist seine Sache geworden.

In der Rede, die Mussolini in der Oper gehalten hat und die selbstverständlich von den oben charakterisierten Augschwärmern schon wieder daraufhin untersucht wird, ob sie nicht doch ein Zeichen von Nachgiebigkeit, Friedenswillen und europäischer Gesinnung ist, hat der Duce dem Volk eine mehr als deutliche Auslegung gegeben:

„Ungarn ist isoliert und um Länder beraubt, die magarisch sind“

(Bretterklappe für die Herren vom Quai d'Oran und die Kabinette von Prag, Bukarest und Belgrad: welche Länder können das wohl sein?)

Ungarn hat bei Italien Verständnis und Toleranz gefunden, die nicht von gestern datieren. Die ungarische Nation ist eine starke Nation, die eine bessere Zukunft verdient. Sie wird sie auch haben!

Wenn das kein Bekenntnis zum Revisionsprogramm der ungarischen Genry ist, dann sind allerdings alle Angstvorstellungen, die der Menschheit beim Anblick der Gesichter Mussolinis und Goerings auftauchen, nur die Ausgeburt kindlicher Phantasie!

Und an Frankreichs Adresse richtet Mussolini die Erklärung, es sei „kein einziges der großen und kleinen Probleme, die seit 15 Jahren zwischen uns schweben, auf befriedigende Art gelöst“ worden. Die kleinen Probleme? Flottengleichheit, Luftrüstungen und dergleichen. Die großen? Er sagt es deutlicher: die historische Ziele Italiens liegen in Afrika und Asien; man kann ergänzen: in Tunis und Syrien, wo heute die Tricolore weht. Afrika solle durch Italien tiefer in den Bereich der Weltzivilisation einbezogen werden. Vermutlich kennt man dort das Rizinusöl als zivilisatorisches Erziehungsmittel noch nicht.

In Frankreich erheben sich neben den beschönigenden Stimmen doch einige, die eine Aktion fordern und überzeugt sind, daß ohne eine Aktion der Demokratie Europa verloren ist. Wenn der Plan Mussolinis scheitern soll, dann müßte diese Aktivität aber rasch sichtbar werden.

Mussolini hält heute nicht mehr wie vor zehn Jahren, als die ersten Janjaren aus Rom und Mailand erkörnten, bei phantastischen Projekten. Seine Pläne haben eine solide Grundlage. Das große römische Imperium, das Italien seit Jahrhunderten erträumt, das ihm in Versailles vorenthalten wurde, nimmt greifbare Gestalt an. Im Norden Mitteleuropas das faschistische Deutschland, dessen Aufrüstung Mussolini eben wieder gefordert hat und das — allen lächerlichen Hoffnungen der Optimisten zum Trotz — Mussolinis Kreise

nicht stören wird, der Kleinen Entente gegenüber in Mitteleuropa eine politisch und militärisch unerhörte starke Position, gegenüber Frankreich den Vorteil einer rasch wachsenden Bevölkerung, einer technisch wahrscheinlich überlegenen Rüstung, der moralischen Hemmungslosigkeit und der deutschen Rückendeckung, vor allem aber der stürmischen und die Entscheidungen an sich reißenden Offensivkraft — was hindert den Herrn des neuen Imperium Romanum, wann und wo er wollen wird, der Welt sein neues Gesetz durch den Krieg zu diktieren?!

## 25 Jahre im Kampfe!

### Jubiläumsverbandstag der Kleinbauern und Häusler

rote Fahnen in einer roten Gemeinde! Mit diesen unseren ewigen Kampfsymbolen hat die sozialdemokratische Bevölkerungsmehrheit von Kofolup weithin sichtbar kundgetan, mit welcher Herzlichkeit sie die hundert Delegierten zu dem Samstag und Sonntag stattgefundenen Verbandstag des Zentralverbandes der Kleinbauern und Häusler in ihrem Wohnort willkommen hieß. Dabei sprach auch der Stolz darüber mit, daß Kofolup die Geburtsstätte der freien Organisation des arbeitenden Landvolkes ist, wo vor fünfundsiebenzig Jahren die erste Gründung des Kleinbauernverbandes erfolgte. Zwischen damals und heute liegt ein mächtiger Unterschied: damals war die Organisation der Kleinbauern und Häusler ein schüchtern Versuch, heute ist die gleiche Bewegung zu einem unerläßlich wichtigen Faktor im Befreiungskampf aller arbeitenden Menschen geworden. Die ausopferungsvolle, von den höchsten Idealen getragene Aufbauarbeit, welche zwischen Beginn und dem gegenwärtigen beachtlichen Stand der Organisation liegt, sie hat, neben vielen anderen erfreulichen Ergebnissen, auf dem Lande einen neuen Menschentyp entstehen lassen, wobei der Einzelne über den engen persönlichen Gesichtskreis emporgehoben und zu verantwortlichem Denken für die Allgemeinheit erzogen wurde. Dieser Umstand ist denn auch die größte Gewähr, daß der Organisation der Kleinbauern und Häusler noch eine große Zukunft bevorsteht, wenn es gilt, nach siegreichem Kampfe das neue Gebäude der sozialistischen Gesellschaft zu errichten. Der Kofoluper Jubiläumsverbandstag war für diese Zielsetzung wichtige Befestigung und kämpferischer Appell.

### Der Verlauf der Tagung

Der vollbesetzte Saal sieht noch unter dem aufrüttelnden Eindruck des ihmmanischen Freiheitskrieger „Vorgentrot“, den die Kofoluper Arbeiterfänger in muster-gültiger Weise vortrugen, da beisteht Abgeordneter Genosse Leibl, der Vorsitzende des Verbandes, die Rede zu halten. Er kennzeichnet den Ernst der Situation angesichts des konzentrischen Vernichtungsfeldzuges der bürgerlichen Weltklasse gegen die Arbeiterklasse, ehet in einem würdigen Nachruf die österreichischen Freiheitskrieger und die Toten des Verbandes und schließt seine Eröffnungsansprache mit der feiten Überzeugung, daß den arbeitenden Menschen in Stadt und Land trotz allem die Zukunft gehört.

Gen. Abgeordneter Schweichhart begrüßt sodann die Vertreter der befreundeten Organisationen: Genossen Senator Starl für den Klub der Senatoren und die Kreisorganisation der Partei, Abgeordneter Kremer für den Parteivorstand und Abgeordnetenklub, Genossen Hölzl für den Gewerkschaftsbund und den Verband der Land- und Forstarbeiter, Kühn für die Kreis-, Konsum- und Spargenossenschaft „Vorwärts“, Mies, Wanla für die sozialdemokratische Presse und den Sozialistischen Jugendverband, Dobiasch für den Verband der Kleinvertriebsbetriebe, Hilberg für die Ortsorganisationen von Kofolup, Walch für die sozialdemokratische Bezirksorganisation Tuzschan, und den Genossen Balaich für den tschechischen westböhmischen Verband der Kleinbauern und Häusler.

Zur Begrüßung ergreifen die Genossen Hilburger, Hl. Balaich, Starl, Dobiasch und schließlich Genosse Kremer das Wort.

### Reiche Arbeit!

Sodann erstattete Verbandssekretär Genosse Schmid einen ausführlichen Tätigkeitsbericht. Seine ersten Worte galten dem Notstand, der in der langen Krisenzeit auch die Kleinbauern und Häusler empfindlich ergriffen hat. Diese jedem Kenner der kleinbäuerlichen Verhältnisse bewusste Tatsache wird in dem schriftlich aufgelegten Tätigkeitsbericht besonders deutlich durch die Entwicklung des Warengeschäftes des Verbandes veranschaulicht. Aus den dort festgehaltenen Zahlen geht hervor, daß alle Bedürfnisse einer höheren Betriebs- und Lebensführung der Kleinlandwirte und Häusler bereits auf das äußerste eingeschränkt werden mußten.

Diese unerfreulichen wirtschaftlichen Verhältnisse haben selbstverständlich bestimmenden Einfluß auf die organisatorische Entwicklung ausgeübt, doch ergibt sich aus dem Studium des Berichtes und aus den Darlegungen des Verbandssekretärs, daß sich die Organisation als Ganzes dem Krisensturm gegenüber als stabil und fest erweist und weiterhin festgefugt dasteht.

Wie umfangreich die wirtschaftliche Tätigkeit des Kleinbauernverbandes ist, erhellt die muster-gültige Tätigkeit der Warenvermittlungsstelle, die Einrichtung der Kaspisch-, Brandschaden- und Stierbe-

unterstützungsfonds, des Viehschädenunterstützungsfonds und die gemeinsame Maschinen- und Gerätebenützung. Wertvollen Dienst für die Verbandstätigkeit leisteten die Rechtsauskunftsstellen und besonders die mit vorzüglicher Sachkenntnis geleitete Steuerberatungskasse. Der fortschrittliche Wirtschaftsgedanke der organisierten Kleinbauern und Häusler bekundete sich schließlich in dem wachsenden Verständnis für das landwirtschaftliche Versuchswesen, wodurch manche Kleinbetriebe zu wahren Musterwirtschaften wurden.

Beachtliche Arbeitsleistungen können das Sekretariat und der Vollzugsausschuß des Verbandes aufweisen; ebenso kommt der Herausgabe der Verbandszeitschrift und des Kalenders für das Landvolk große erzieherische Bedeutung zu.

Der restlichen Durchführung der Bodenreform wandte der Verband, so wie bisher, auch in den letzten zwei Jahren die größte Aufmerksamkeit zu. So wurden aus den Löwensteinschen Gütern durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Parlamentarier und der Vertrauensmänner im Tauscher und Planer Bezirk diese Heftlar Boden für Kleinbetriebe gewonnen. In Eisenhof im Bezirk Biskupitz wurde nach jahrelangem hartnäckigen Kampfe das dortige Heftlar in dem beachtenswerten Umfang von 67 Hektar, mit Wirtschaftsgebäuden und einem schönen Teich, für eine Pachgenossenschaft der Kleinbauern und Häusler erstritten. Und gegenwärtig ist im Böhmertal eine Aktion im Gange, wodurch den Pächlern des Großgrundbesitzes Schwarzenberg nahezu 2000 Hektar in's Eigentum übertragen zu werden sollen. In diesem Kapitel stellt der Tätigkeitsbericht mit Recht fest, daß keine zweite Organisation im Interesse der Kleinen Bodenbetriebe eine derartige Kraftanstrengung vollbracht. Neun Zehntel aller Zuteilungsarbeiten, soweit sie deutschen Bodenbetriebern zugute kamen, kann der Zentralverband der Kleinbauern und Häusler als seine Leistung in Anspruch nehmen.

Es ist auch ein Verdienst der Organisation, daß in den Gebirgsorten des Böhmerwaldes eine Kulturbewegung als Aktion Eingang gefunden hat, welche durch das Land subventioniert wird.

Des Weiteren ist aus dem Bericht zu ersehen, daß der Verband durch seine parlamentarischen Vertreter auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung alles tat, um die Interessen der Kleinen Landwirte und Häusler wirksam zu schützen, bzw. zu fördern. Der Verbandstag bekundete durch reichen Beifall seine Anerkennung für das segensreiche Wirken der sozialdemokratischen Parlamentarier. Als besonders erfreuliche Tatsache sei in diesem Zusammenhange auch hervorgehoben, daß die stets enger werdende Zusammenarbeit mit den tschechischen Kleinbauernorganisationen vor allem auf gesetzgeberischem Felde zu einer hoffnungsvollen National- und Volksgemeinschaft geführt hat.

In der Debatte über den Bericht des Verbandssekretärs beteiligten sich die Genossen Michael, Barzdorf, Gala-Kofolup, Wanla-Selbnitz, Mrazek, Luchowitsch, Rupprecht-Lindenbom, Wildner, Eulau, Galas-Plones, Pfeilscher-Prag, Turek-Scheran, Meister-Amonsgrün, Streichenberger-Schlaggenwald, Mayer-Maierbach, Zettl-Neudorf und Böhm-Wallern. Die Mehrzahl der Debattenredner wurde von Kleinlandwirten gestellt, die selbst täglich in harter Arbeit der eigenen Scholle ihre bescheidene Ertragsabgaben abgeben. Die Sachkenntnis, mit welcher sie die landwirtschaftlichen Sachfragen beurteilten, mußte Achtung auslösen, die Unwüchsigkeit der Darlegungen aber führte zur Ueberzeugung, daß die demokratische Front in den in so-

### N. M. de Jong: Verschlungene Pfade Ein Roman in vier Episoden

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Fuchs.

Wenn ich gegen euch wütle, dann wütle ich gegen die Lotengräber des Staates, gegen verbrecherische Narren, die eine Revolution entfeineln wollen, um im Trüben fischen zu können und die Macht in die Hände zu bekommen, die ihr uns so sehr neidelt. . . . Und dann wirfst du mir vor, daß ich gegen Land und Volk wütle! . . . Und deine barbarischen Morde, denen zahllose Unschuldige zum Opfer gefallen sind, die mit dem ganzen Kampfe nichts zu tun haben, die waagt ihr Hinrichtungen zu nennen! Aber mein Gott, wohin steuert dann die Welt?

Er hatte sich aufgeregt und lief mit kurzen Schritten auf und ab. Seine Sporen klirren leise bei jedem Schritt. Sein Gesicht war gerötet und seine Augen funkelten entzündet und böse.

Peter hatte sich auf die Bank neben dem Tisch gesetzt. Er schüttelte den Kopf und sagte spöttlich:

„Darum sollst du nicht Gott um Auskunft bitten, denn der antwortet dir doch nicht, weil er ja bloß ein geschicktes und gewagtes Produkt eures Theatrenhochmuts ist. . . . Aber an seinerstatt will ich dir's sagen: die Welt steuert auf ihre große, vielleicht entscheidende Reinigung los und daß dies eine Reinigung in Blut sein wird, ist wenig zweifelhaft, denn eine andere würdet ihr ja nicht dulden. . . . Doch sie wird kommen, irgendwie, und ihr, ihr Verblendeten, werdet dabei untergehen. Und ich bin froh, daß ich gelebt habe und sterben

darf, weil ich an der Vorbereitung zur Reinigung leidenschaftlichen Anteil genommen habe.“

„Mit deinen Hinrichtungen?“

„Unter anderem auch mit unseren Hinrichtungen. . . . Hebrigens irrst du, wenn du glaubst, daß wir nichts anderes taten und daß wir die Hinrichtungen aus tollem Übermut vorgenommen haben, aus purer Wut, aus sadistischer Wollust, Leben zu zerstören. . . . Eure barbarischen Unterdrückungsmethoden, eure ununterbrochene Arbeit an der angeblichen Wohlfahrt des Landes, an der Wahrung von Ordnung und Ruhe, deine und deiner weisen Räte latenten Sorge um die Sicherheit des Staates und seiner Bürger. . . . hahaha! Welcher Hohn für diese hohen Worte! . . . das alles hat uns in Verzweiflung getrieben, Mann, und uns die Waffen in die Hände gezwungen. . . . verstehst du? . . . gezwungen. . . . Was wißt ihr, die ihr in Gewalt und Blutvergießen groß geworden seid, was wir in uns haben zerschlagen müssen, ehe wir uns dazu entschließen konnten, die Waffen zu ergreifen und Blut zu vergießen? . . . Auch das Blut Unschuldiger. . . . sicherlich. . . . es konnte nicht anders sein! . . . Und das wißt ihr schwer genug. . . . Aber dürft ihr uns das übernehmen? Ihr, die ihr Ströme unschuldigen Blutes vergossen habt und vergießt, jeden Tag aufs neue? . . . Hast du das Blutbad vor deinem Palais vergessen, damals beim Streik? Das grauenvolle Hinschlachten friedfertiger Demonstranten, die in gutem Vertrauen den König ansehen wollten? . . . anstehen, hörst du? . . . daß er dafür sorgt, daß ihnen ihr kleines bißchen Recht gegeben wird, um das sie bat? . . . Zu hundert sind sie hingeschlachtet worden, von Gewehrschüssen, Spurenschüssen, Pferdehufen. . . . Ihr habt unter ihnen gewütet, als ob sie Teufel wären. . . . und es waren vollkommen Unschuldige, die Männer so wohl als die Frauen und Kinder, die mitliefen,

die Greise, die dachten, daß sie in ihrem Alter noch das Morgenrot des Tages der Gerechtigkeit sehen würden. . . . Kein einziger Schuldiger war unter ihnen, außer euren Probotateuren, die aus den sicheren hintersten Reihen mit Revolvern schossen und entflohen, als sich ihnen der Tod nahte. . . . Die Gassen konnten das unschuldige Blut nicht einmal aufnehmen und es stand gestockt in großen Tümpeln auf den Straßen, längs den Gehwegen. . . .“

„Das war ein Aufruhr, von euch angezettelt.“

„So, war es ein Aufruhr? . . . Ein sonderbarer Aufruhr, bei dem fingenbe Frauen und Kinder mitliefen und die Männer unbewaffnet waren!“

„Sie waren bewaffnet und sie sangen das Lied von der Revolution!“

„Sie waren unbewaffnet und sie sangen das Lied der frohen Erwartung, die die Verdammten dieser Erde erfüllt.“

„Sie trugen rote Fahnen mit sich!“

„Unschuldige rote Lappen. . . . aber auch die haben euch Probotateure besorgt!“

„Ich weiß von keinen Probotateuren!“

„Vielleicht weiß der eine oder andere deiner Oraven, Klagen, außerlesenen Räten mehr davon.“

„Es war ein Aufruhr! Ihr hattet ihn angezettelt. Sie hatten kein Recht zum Streik. Der Staat war in Gefahr. Es mußte mit starker Hand eingegriffen werden. Ich hatte verlässliche Vertreter. . . . Die revolutionäre Regierung stand bereit, die Macht zu ergreifen.“

„Lächerlich! . . . Niemals waren wir friedfertiger und zu sachlichen Verhandlungen gewillt als in jenen Tagen. Und das wißt ihr. In uns loderte die Hoffnung und der Wunsch, in verbessernder Aufbauarbeit mit euch zusammenzuwirken. Wir erwarteten alles von dir. . . . du antwortetest mit Gewalt, die grauenhafter war als

je eine zuvor. . . . Und du verlangst, daß ich an dich denken soll als an den schüchternen, unpraktischen Knaben, mit dem ich als Junge einen Nachmittag herumstrolchte?“

„Sie hatten kein Recht zum Streik! . . . Der Streik selbst war revolutionär!“, beharrte der König hartnäckig. „Der Streik war der Anfang von allem.“

„Sie hatten kein Recht zum Streik“, wiederholte Peter grimmig. „Nein, das hatten sie nicht! . . . Das haben sie noch immer nicht! Das habt ihr ihnen noch nicht einräumen wollen! Das ist es gerade. . . . Sie hatten kein Recht zum Streik. . . . Selbst dieses Grundrecht hatten sie nicht. . . . Ihr fördert das Ausblühen der Industrie, nicht wahr? So sagt ihr doch immer! Mit der Macht und dem Geld des Staates fördert ihr das Ausblühen der Industrie. . . . Was bedeutet das? Kannst du dir darüber wohl Rechenschaft geben? . . . Ihr habt große Betriebe gegründet, riesige Fabriken. Durch Tarife und Transporterleichterungen beschirmt ihr die Industrie. Ihr züchtet ein Fabrikproletariat, fördert die Flucht vom Land in die Fabriksstädte. Es gibt Arbeiter genug, zu viel. . . . die Betriebe müssen wachsen. . . . die Aktionäre, die Geldgeber müssen viel verdienen. . . . die Betriebe müssen große, große, enorme Gewinne abwerfen. . . . sonst sonst würden die Aktionäre arbeiten? . . . Aber die Löhne sind viel zu niedrig, die Arbeitszeiten viel zu lang. . . . die Arbeiter haben große Familien. . . . in den Kirchen und patriotischen Versammlungen werden sie zur Gründung immer zahlreicher Familienstandes angepörrt. . . . doch die Löhne werden niedrig gehalten, damit die Industrie ausblühen kann. Das findet ihr gut, das haltet ihr für eine verständige Politik. . . . fressen und getrunken werden, was? Pfeffer und Pfefferene!“

(Fortsetzung folgt.)

plastischem Geiste geschulten freien Kleinbauern und Häuslern wehrfähige und kampfenischlossene Soldaten hat.

Die Sonntagöverhandlungen brachten zunächst die Erledigung der dem Verbandstag vorliegenden Anträge, worauf die Neuwahl der Verbandsleitung vorgenommen wurde. Nach deren einstimmigen Durchführung schloß der Vorsitzende Genosse Abg. Schweichhart den Verbandstag mit einem Appell an die Delegierten zu weiterer Arbeit und unermüdlichem Kampfe.

Nach kurzer Pause wurde wieder vom Genossen Schweichhart eine große

### Landvolk-Kundgebung

gleichzeitig der eigentliche Höhepunkt der gesamten Tagung, eröffnet. Abgeordneter Genosse Jaksch sprach, mit großem Beifall begrüßt, über den

### Freiheits- und Existenzkampf des arbeitenden Landvolkes in der Krisenzeit

Er führte unter anderem aus: Die freien Kleinbauern und Häusler müssen ihren Weg als **Rinderheuteorganisation** gehen, denn das Landvolk hat und bisher nicht die Macht gegeben, bestimmenden Einfluß auf die Agrarpolitik zu nehmen. Die Wehrheit steht bei den Agrarparteien, die die Landwirtschaftsministerien, die landwirtschaftlichen Forschungsstellen, das landwirtschaftliche Genossenschafts- und Kreditwesen und einen wesentlichen Teil der landwirtschaftlichen Industrie beherrschen. Die Koalitionspolitik bietet nur die Möglichkeit, indirekt auf die Gestaltung der Agrarpolitik einzuwirken. Wie eifersüchtig die Agrarier die Einflussnahme der Sozialisten fernhalten wollen, zeigt die Leidensgeschichte des Pächterschreyes. Das Ergebnis des Kompetenzstreites zwischen dem sozialdemokratischen Justizminister Meißner und dem Landwirtschaftsminister war eine Pächterschreyesordnung, welche den Kleinbauern die Entlassung bereitet. Wir müssen diese jedoch in Kauf nehmen, weil sonst gar nichts geschehen wäre. Mit dem Hinweis darauf sei bloß die Verantwortung klar gestellt: Wenn die Bauern unzufrieden sind, so wuche diese Unzufriedenheit allein durch die Politik ihrer agrarischen Führer verschuldet.

Die Kleinbauernbewegung hat einen doppelten Wirkungsbereich: Im engeren Rahmen ist sie **Schuhverband** und Organisation der Selbsthilfe, im weiteren Sinne hat sie die Funktion einer **schöpferischen Opposition** auszuüben.

Nach den Erfahrungen von fünf Krisenjahren kann festgestellt werden, daß die Entwicklung in den entscheidenden Punkten unseren Prinzipien Recht gegeben hat.

Wir haben die **Hollpolitik** nicht grundsätzlich verworfen, sondern als einen Notbehelf mitgemacht. Doch, obwohl die handelspolitische Absperrung einen Wahnsinnsgrad erreicht hat, der die kühnsten agrarischen Erwartungen übertrifft, konnten die Bauern nicht glücklich werden. So kommt es, daß heute niemand mehr an die Hölle als Abwehrmittel glaubt.

Der von den Agrariern angestrebte Zustand der Selbstgenügsamkeit ist bräunlich vollkommen erreicht, aber die landwirtschaftliche Krise ist gerade jetzt am größten. Das behält unser Erkenntnis, daß die Bauernnot weltwirtschaftliche und industriepolitische Ursachen hat.

Wir können den maßgebenden Faktoren der Agrarpolitik nicht den Vorwurf ersparen, daß ohne falsche Hoffschwärmerei der Übergang von der mechanischen zur konstruktiven Agrarhilfe viel früher vollzogen werden könnte.

In der Beurteilung der **Kultur** unterscheidet sich die Agrarische Politik davon, daß wir uns daran eine Notwehrhandlung, sie aber eine Zielsetzung erblicken. Wir wußten, daß in der Kultur die Industrie und mit ihr die Landwirtschaft stirbt und sterben mit aller Kraft den Ausbau der Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten an. Diesem Standpunkt nähern sich nun auch die Agrarier — Genosse Jaksch verweist in diesem Zusammenhang auf die Äußerungen des Landwirtschaftsministers Hodja. Auch die faschistischen Staatsmänner waren auf der Rom-Konferenz bestrbt, die verderblichen Auswirkungen ihrer bisherigen Autarkiepolitik zu liquidieren. Es liegt durchaus auch im Interesse des Agrarierstandes in der Tschechoslowakei, eine Handelsausweitung anzustreben.

Wir haben von jeher den Zusammenhang zwischen Preisproblem und Konsumproblem betont, den heute auch kein Bauer mehr zu bestreiten mag. Während früher unser Ruf nach Planwirtschaft als Zwangswirtschaft verworfen wurde, rufen die Agrarier nun selbst nach Zwangsregelungen: das Getreidemonopol, das sie früher abgelehnt haben, soll nun die Stütze der landwirtschaftlichen Preise bringen. Allerdings kann es heute nur mehr der Vorwand für die Festsetzung von Zwangspreisen im Inlande sein. Der Bankrott einer solchen Politik, wie er in Deutschland eintrat, sollte unseren Agrariern eine Warnung sein.

Ein besseres Preisniveau braucht zwei Stützpunkte: höhere Löhne und vermehrte Arbeitsmöglichkeiten!

Wenn die Agrarier sich den sozialistischen Forderungen nicht anschließen können, so mögen sie wenigstens in dem amerikanischen Staatspräsidenten Roosevelt ein Vorbild erblicken.

Wir werden neuerdings unsere **Verzehrung zur Mitarbeit bei der planwirtschaftlichen Gestaltung der Agrarpolitik an, doch ist unsere Bedin-**

gung, daß diese nicht auf Kosten der Kleinlandwirte und Gebirgsbauern gehen darf.

Die gerechte Durchführung der Agrarumstellung kann nur eine demokratische, mit der Landbevölkerung in enger Verbindung stehende Institution überwachen. Daher fordern wir gebührende Vertretung in den Landeskulturräten. Wir rufen nach einer Landesvertretung, welche den Kleinlandwirten und Landarbeitern die gleichen Rechte wie den Besitzbauern einräumt. Diese berufliche Selbstverwaltung ist besonders notwendig zur Lösung des Schuldenproblems. Genosse Jaksch erörtert nun eingehend die Ursachen der landwirtschaftlichen Verschuldung und bespricht auch die Lösungsversuche, welche auf dem Gebiete der Entschuldung der Landwirtschaft in den einzelnen Staaten unternommen wurden. Er hält eine scharfe Abrechnung mit der unfaschistischen Einstellung der Agrarier und fordert die Eingliederung der Landwirtschaft in die Sozialpolitik, darunter auch die Einreihung der landwirtschaftlichen Selbständigen in die Sozialversicherung. Nach der Erörterung des Exekutionschreyes, der neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch die Faszisierung der Landbevölkerung eindämmen konnte, stellte er den Grundsatz auf, daß

bei einer Entschuldungsaktion die gesunde Bauernwirtschaft der Kranken nicht geopfert werden darf.

Leichtsinnigen Schuldner darf keine Hilfe gewährt werden! Darum fordern wir die **Wesentlichkeit des Verfahrens** durch die Mitwirkung von lokalen Hilfsausschüssen. In unrettbaren Fällen muß verhindert werden, daß der zur Versteigerung gelangende Boden zu Spekulationszwecken mißbraucht wird; das Erlösminimum des Landwirtes muß erhalten bleiben, auf Boden, der zur Veräußerung gelangt, soll den Gemeinden ein Vorkaufrecht eingeräumt werden, damit diese in die Lage kommen, durch Verpachtung oder Weiterverkauf der Grundstücke zur Lösung des Problems der ländlichen Ueberbevölkerung beizutragen. Durch **Siedlungsbestrebungen** muß an die Aufgabe herangegangen werden, den durch die Wirtschaftskrise entwürzelten Menschen und der Jugend einen Ausweg zu zeigen.

**Gegen die Verzweiflung** müssen wir den schöpferischen Willen wecken, wie überhaupt die Demokratie gehandhabt werden muß als die **Kriegswaffe der sozial Schwachen**.

In einer scharfen Auseinandersetzung mit den faschistischen, landständischen Strömungen sagt Genosse Jaksch schließlich die Agrarier an, daß sie das **Verständnis des demokratischen Volkstempfers der Bauernbefreiung, Hans Kudlich**, schamlos verraten haben. Daß durch die Einführung des Ständestaates nicht dem Menschen, sondern allein dem Besitz gedient wird, erfahren nun die österreichischen Bauern täglich an eigenen Leiden als Strafe dafür, daß sie die heldenhafte Arbeiterklasse bei der Verteidigung der Demokratie nicht unterstützten. Der **„Subetendeutsche Landstand“** unter Führung Spinas muß sich klar entscheiden, ob er für oder gegen die Demokratie ist! Wenn er das Programm der Bauernrebellen verrät, dann werden wir die Fahne Hans Kudlichs erheben. Die Kämpfe in Oesterreich haben gezeigt, wo **Recht, Ueberzeugungstreue und Selbstentwurf** stehen. Die Kleinbauern und Häusler müssen sich mit der gleichen Einheitsbereitschaft wie die österreichischen Schutzbündler bereithalten für die große **Volksebelion gegen Kapitalismus und Faschismus!**

In Anblich an das mit reichem Beifall quittierte Referat des Genossen Jaksch brachte **Verbandssekretär Genosse Schmidt** eine **Entschuldigungsbeziehung**, beinhalten die Ergänzungsbedingungen der Kleinbauern und Häusler, zur Verlesung. Sie fand einstimmige Annahme. Diese Entschuldigungsbeziehung und ebenso die Wahlergebnisse des Verbandstages tragen wir morgen nach.

Es hält hierauf Genosse Schweichhart das **Schlusswort**, dann erfüllen die Klänge des Liedes der Arbeit den dicht besetzten Saal und tropige Freizeitsprüche bekräftigen schließlich das durch den Verbandstag aufs neue geprägte **Kampfgelände** unserer Kleinbauern und Häusler. Der Jubiläumsvorabendtag ist beendet; mit neuer Zuversicht erfüllt, kehren die Delegierten in die deutschen Bezirke der Republik zurück, um ins zweite Vierteljahrhundert der Kleinbauernorganisation mit entscheidenden Schritten einzutreten. Zu neuer Arbeit ruft ein neuer Tag!

## Frankreichs „Nein“!

### Ueberreichung der Antwort in London

London, 19. März. Heute Nachmittag wurde vom französischen Volkshäuser in London die **französische Antwort** auf das britische Abrüstungs-memorandum überreicht. Der Wortlaut der französischen Note wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Pariser Mänter teilen übereinstimmend mit, daß die französische Regierung zwar höflich, aber entschieden die Vorschläge **Ablehne**, die in dem britischen Memorandum als Grundlagen für die künftigen Abrüstungsdebatten enthalten sind.

In der Antwort wird nach einer offiziellen **Gabardstellung** u. a. darauf verwiesen, daß Deutschland bereits **10 bis 14 Prozent** herabgesetzt hat, wodurch es die Bestimmungen des Versailler Ver-

# 10-14 Prozent Lohnherabsetzung

## bringt der erste Kollektivvertrag der Dollfuß-Gewerkschaften

Wien, 19. März. Heute wurde in Oesterreich der erste Kollektivvertrag seit den Febrerereignissen unter der Führung der neuen gleichgeschalteten christlichen und Heimwehr-Gewerkschaften abgeschlossen.

Schon vor den kritischen Febrertagen wurden im Baujahr Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrag geführt, an denen die sozialdemokratischen Gewerkschaften führend beteiligt waren. Nach der Auflösung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Gewerkschaftsorganisationen blieb das Feld den christlichsozialen und den Heimwegewerkschaften überlassen.

Wie diese neuen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter zu vertreten verüben, zeigt das Ergebnis: Die Verhandlungen führten zum Abschluß eines neuen Kollektivvertrages, der im wesentlichen die Löhne um **10 bis 14 Prozent** herabsetzt . . .

Kommentar überflüssig!

## Journalistenbesuch im Landesgericht

Die Vertreter der ausländischen Presse durften am Montag die verhafteten Führer der sozialdemokratischen Partei im Wiener Landesgericht in ihren Zellen besuchen.

Bürgermeister Seib, der in einer Einzelzelle untergebracht ist, sieht furchtbar blaß und abgemagert aus. Er bemühte sich sichtbar, mühevoll den Pressevertretern gegenüber seinen gewohnten Charme an den Tag zu legen. Seib erklärte, er könne sich über die Behandlung nicht eben beklagen. Er fühlt sich sehr krank, will aber dennoch nicht in das Inquiritenhospital gebracht werden.

Der Schutzbundführer General Körner, der schon vor dem Ausbruch der Unruhen verhaftet worden ist, erklärt auch, er habe nicht die Absicht, über die Behandlung zu klagen. „Es ist“, sagte er, „furchtbar, seiner Freiheit beraubt zu sein; aber wir sind eben Soldaten und müssen auch die Gefangenenschaft auf uns nehmen.“ Körner klagte auch sehr darüber, daß die Gefangenen fast keine Möglichkeit zum Spaziergang im Gefangenenhof haben.

Im Landesgericht ist auch Genosse Kerner, der frühere Präsident des Nationalrates untergebracht. Er wurde eben von einer Einvernahme zurück in seine Zelle gebracht. Auch Kerner ist sehr blaß und angegriffen, aber er sieht immerhin noch besser als Seib aus.

Während die Regierung Dollfuß bei jenen Führern der sozialdemokratischen Partei, von denen sie annimmt, daß das Interesse des Auslandes ihnen besonders gilt, die schärfste Ver-

handlung zu verhindern sucht, sieht es mit den anderen Genossen, die im Landesgericht eingekerkert sind, und die auch von den Journalisten besucht wurden, **viel schlimmer**. Man hat in Zellen, die für höchstens neun Leute bestimmt sind, 22 und sogar mehr Genossen hineingepfercht.

Die Leute sind furchtbar verbittert über die endlose Dauer der Haft. Sie sagen, daß es ihnen hier im Landesgericht schlimm genug ergehe, aber immerhin noch **10 bis 14 Prozent** gegenüber dem, was sie auf der Polizei erdulden mußten. Einzelheiten dürften die Gefangenen natürlich nicht berichten, da ja der Gefangenenhausdirektor daneben stand.

Im Polizeigefangenenhaus trafen die Journalisten den Genossen Professor Julius Tandler, den Schöpfer des herrlichen Wiener Wohlfahrtsvereines. Tandler erklärte, daß er sofort als er die Nachricht von der Erhebung der Wiener Arbeiter erfahren habe, auf dem kürzesten Wege über Sibirien — von Peking nach Wien geeilt sei. Er wußte, daß er verhaftet werde, aber er habe die Ueberzeugung gehabt, daß er als Führer der Wiener Arbeiter auch die **Verpflichtung** habe, alle Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Auch Stadtrat **Werner** befindet sich noch im Polizeigefangenenhaus. Genosse Breinners Herzleiden hat sich sichtlich verschlimmert und er muß täglich vom Gefängnisarzt untersucht und behandelt werden. Aber auch er erklärt, er wolle lieber als Kranker diese Haft ertragen als in das Inquiritenhospital gebracht zu werden.

## Das deutsche Propaganda-Ministerium organisiert Nazi-Hetze in den nordböhmisches Bädern!

### Geheime Anweisungen: Hakenkreuzmethoden wie in Oesterreich

Die Bemühungen gewisser Kreise zugunsten der reichsdeutschen Aurgäste in den nordböhmisches Bädern Ausnahmen von den bei uns geltenden Verbotbestimmungen (Hakenkreuzabzeichen und Fahnen, nationalsozialistische Wänter etc.) zu erlangen, werden durch eine Enthüllung des Karlsbader „Volkswille“ ganz merkwürdig illustriert.

Vereits vor Monaten wurde dem Goebbels-Ministerium nachgewiesen, daß es systematisch die Beeinflussung und sogar Bestechung ausländischer Zeitungen organisiert. Die Wahrheit dieser Angaben, welche von „Petit Parisien“ in einer besonderen Broschüre zusammengefaßt wurden, wagt die deutsche Regierung gar nicht zu bestreiten. Dann kam die in aller Deffentlichkeit erfolgte Weisung an die reichsdeutschen Hakenkreuzler, zur Stärkung der **österreichischen Nazibewegung** alle erreichbaren deutschen Zeitungen in Briefen nach Oesterreich zu schmuggeln.

Eine ähnliche Methode empfiehlt das deutsche Propaganda-Ministerium auch gegenüber der Tschechoslowakei.

Der „Volkswille“ druckt eine geheime Anweisung des Goebbels-Ministers ab, die ihm in die Hände gefallen ist. Dieses Rundschreiben trägt an der Spitze den Vermerk: **„Achtung! Die Propaganda in den nordböhmisches Bädern“**. Im Text heißt es u. a.:

Es muß der auf Fremdenverkehr angelegene Kurhausbesitzer, Hotelier etc. unaufrichtig mobilisiert werden für unsere nationalsozialistischen Ideen . . . Es ist zu raten, möglichst viel Privatpersonen, Clubs (aller Art) zu veranlassen, rein geschäftliche Anfragen an die Kurverwaltungen, Kurhäuser, Zeitungen (1) zu richten etwa des Inhalts, man beabsichtige in Karlsbad (Marienbad etc.) in diesem Jahre Kur zu machen, lese aber (oder habe gehört), daß dort das Hakenkreuzabzeichen des Deutschen Reiches geachtet sein soll und daß es dem reichsdeutschen Besucher verboten ist, sein Blatt zu kaufen oder auch nur nachgeschickt zu erhalten. Man sei bereit, allein (mit Familie, mit einer Reihe von Klubfreunden etc. diese Anfragen müssen möglichst individuell angefaßt werden und dürfen keinesfalls gleichlautenden Inhalts sein!) in . . . Kuraufenthalt zu nehmen, müßte aber natürlich davon absehen, falls tatsächlich dem Kurgast die Möglichkeit genommen ist, sein nationales Zeichen offen zu tragen und seine Zeitung zu lesen, also Kurgast zweiter Klasse zu sein . . . Wird dieses Anfragen in größerem Umfange jetzt durchgeführt, dann ist zu erwarten, daß die amtlichen Stellen von den reichsdeutschen abhängigen Bädern so bejournet werden, daß sie, wenn auch nur für die Sommerferien 1934, die Verfolgung des nationalsozialistischen Hakenkreuzzeichens einstellen und die Verbreitung unserer Gedanken durch unsere Presse erlauben werden. Aber auch wenn dieses Ziel nicht erreicht werden sollte, werden alle, die dadurch Aurgäste eingebüßt zu haben glauben (1), wenn auch ungewiß zu Propagandisten für unsere Sache werden, da bei ihnen der Geldbeutel die empfindlichste Stelle zu sein pflegt! . . .

Die Echtheit des Dokumentes steht außer Zweifel. Für die Wichtigkeit sprechen übrigens auch die Erfahrungen, die man mit der Nazi-Außenpropaganda schon früher gemacht hat. Die Enthüllung kommt gerade zur rechten Zeit, um die Hintergründe der plötzlichen Bewegung „für die Autonomie“ erkennen zu lassen.

trages in einem bisher noch nicht bekannten Umfang verlegt habe. Gegenwärtig fordere es sogar im Gegensatz zu allen bei der Abrüstungskonferenz akzeptierten Grundfragen eine starke Armee für sich. Es wäre auch angezeigt, jeht besonders klar zu erklären, wie der gegenwärtige Charakter der deutschen paramilitarischen Formationen geändert werden wird.

Frankreich könne keinen Vorschlag zustimmen, der eine Wiederaufrüstung Deutschlands legalisieren, die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzen und in seinen unkontrollierbaren Ausmaßen die Beschränkung der Rüstungen Frankreichs unter Bedingung zur Folge hätte, unter denen die Sicherheit Frankreichs nicht mehr gewährleistet wäre.

### Kriegrede Goerings

Offen, 19. März. Ministerpräsident Goering hielt Sonntag aus Anlaß der Einweihung einer neuen Sportfluggesellschaft auf dem Flugplatz Essen-Mühlheim eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Ich bin der Überzeugung, daß auch die Staatsmänner der anderen Mächte zu der Einsicht gekommen sind, daß, so wie man uns die Verteidigung zu Wasser und zu Lande gewährt hat, diese Verteidigung Null und nichtig ist, wenn man sie uns in der Luft verweigert. Man kann nicht verlangen, daß wir talentlos zusehen, wie die Feinde kommen, um unsere Städte zu vernichten, unser Land zu verwüsten. Darum tut die Luftfahrt not. Und wenn uns heute noch die Maschinen verweigert sind, wenn uns heute noch eine Militärflugfahrt verweigert ist, dann können sie nicht den Geist verdrängen, der auf uns überkommen ist, dann können sie uns nicht verbieten, hinauf zu steigen in die Luft, können Deutschland bereinigt nicht auslöschen von der tausendjährigen Schmach der Menschheit, sich auch frei in der Luft zu bewegen. Von Euch aber, die Ihr Euch dem Luftsport ergeben habt, verlange ich höchsten Einsatz der Person. Es ist mehr als Sport, es ist eine hohe Verpflichtung. Die Maschinen, die Ihr Euch erwerben müßt, sind nichts anderes als Sportmaschinen.

Der Geist aber, der Euch erfüllen muß, in diesen Maschinen zu fliegen, den müßt Ihr ableiten von jenen großen Vorkämpfern, die uns einst vorgefliegen sind.

### Abgeordneter Oehlinger und Senator Reil auf der Flucht vor sozialdemokratischen Arbeitern

Sonntag, den 18. d. M., sollte in Landstron eine von der deutschen christlichsozialen Partei einberufene öffentliche Versammlung stattfinden. Auf festgedruckten Plakaten war zu lesen, daß alle deutschen christlichen Volksgenossen in der Versammlung willkommen seien, in der christlichen Presse kündigte man an, daß in dieser öffentlichen Versammlung die Herren: Abg. Oehlinger, Senator Reil und ein Sekretär der christlichsozialen Partei über die Innen- und Außenpolitik des Staates sprechen werden. So kam es, daß sich Sonntag Nachmittag, neben einigen christlichsozialen Arbeitern, hunderte sozialdemokratische Arbeiter vor dem Versammlungsort einfanden, die, da die Herren Reil und Oehlinger den Arbeitern den Zutritt zur Versammlung verweigerten, schließlich immer stürmischer Zugang zum Versammlungsort und die Eröffnung der Versammlung verlangten. Nun hielten die Christlichen eine lange Beratung ab, um dann den Arbeitern mitzuteilen, daß die Versammlung als Parteiversammlung gedacht sei und nur christlichen Arbeitern zugänglich sei. Die Antwort auf diese jämmerliche Haltung erhielten die Herren unverzüglich, indem die sozialdemokratischen Arbeiter den Saal, in dem die Versammlung stattfinden sollte, besetzten. Darauf rief Herr Senator Reil mitleidig in den Saal hinein: „die christlichen Arbeiter verlassen den Saal!“. Den Abzug der Helden begleiteten die Pfeife der Arbeiter, die ob dem schmählichen Verhalten der christlichen Führer in ungeheure Erregung geraten waren. Daraufhin wurde die Versammlung von Genossen Treml eröffnet und nach einer kurzen Ansprache des Gen. Treml über das windige Benehmen der Christlichsozialen in Landstron, erhielt, von stürmischem Beifall empfangen, Genosse Franz Rejeil das Wort zu seiner Anklage gegen die Christlichsozialen, die nicht nur das Blutbad von Oesterreich angerichtet haben, sondern Mord, Diebstahl und Vergewaltigung eines gewaltigen Kosteltes auch gutheißen und verteidigen. Die Rede wurde immer und immer wieder von lautem Beifall unterbrochen und Herr Reil, der die Stirn hoch, nach seiner Rücksicht auf der Saalfläche zu verstecken, mußte viele unangenehme Wahrheiten anhören, bevor er entdeckt wurde und unter dem Hohn der Versammlung endgültig das Weite suchte. So endete die christlichsoziale Versammlung mit einer fürchterlichen Niederlage für die christlichsoziale Partei und einer Vlamage für Reil und Oehlinger.

Herrn Gütlers „Bohemia“ leitete sich am Sonntag eine selbst für die journalistischen Manieren dieses einzigartigen Blattes ungewöhnliche polemische Schädigkeit. Bekanntlich ist Professor Dr. Julius Landler, der weltberühmte Gelehrte und tapfere Wiener Sozialist, bei Beginn der Wiener Kämpfe sofort von China nach Wien zurückgekehrt und dort von der Polizei verhaftet worden. Das edle jüdisch-braune Organ teilt nun scheinheilig mit, daß sich Genosse Landler „vor einigen Wochen“ nach China begeben habe, „um dort ein Spital einzurichten“. Damit wollen die „Bohemia“-Gentlemen den Einbruch hervorheben, als ob Landler nach Ausbruch der Wiener Kämpfe nach China emigriert sei. In Wahrheit ist er bereits im September 1933 nach China berufen worden. Gewiß kann eine „Bohemia“ einen Mann vom Range Landlers nicht diffamieren. Aber dieser nette kleine „Arztum“ scheint uns insofern erwähnenswert, als er zeigt, auf welchem Niveau unsere westliche Antimarkisten stehen können!

## Ein Attentatsversuch gegen König Alexander nachträglich vor Gericht

In Belgrad begann gestern ein Prozeß gegen drei kroatische Terroristen Dreb, Segovic und Podgorlec wegen Vorbereitung eines Attentates gegen den König Alexander und wegen Ermordung, bzw. schwerer Verwundung zweier Polizeigendarmen. Als am 16. Dezember v. J. König Alexander unter großen Festlichkeiten einen Besuch in Agram absolvierte, hätte Dreb auf dem Jelacic-Platz ein Bombenattentat auf das Auto des Königs unternehmen sollen. Dreb nahm tatsächlich, mit Bomben und Revolvern bewaffnet, im Spalier Aufstellung, hatte aber anscheinend im entscheidenden Moment doch nicht den Mut zur Ausführung der Tat. Als am nächsten Tag Polizeigendarmen die drei Beschuldigten verhaften wollten, kam es zu einer Schießerei, in deren Verlauf Dreb einen Polizeigendarm erschoss und einen zweiten schwer verwundete. Die Angeklagten sollen gestanden haben, daß am Tage ihrer Verhaftung gegen den König ein neues Attentat gelegentlich des Besuchs in der Agramer Kathedrale verübt werden sollte.

Seinerzeit durfte die Agramer Presse darüber nichts berichten. In einem offiziellen Dementi wurde sogar ausdrücklich festgestellt, daß die Schie-

ßerei, die man doch nicht ganz verheimlichen konnte, mit der Anwesenheit des Königs in Agram in keinem wie immer gearteten Beziehung stehe.

### In Italien im Bombenwerfen geübt . . .

Eine ganz besondere Note erhält der Prozeß auch dadurch, daß der Hauptangeklagte Dreb erklärte, er sei in den italienischen Lagern Borgotaro und Ricketto in der Handhabung von Bomben unterrichtet worden.

Beim heutigen Verhör erklärte Dreb, daß er lange Zeit in Italien in den von jugoslawischen Emigranten organisierten Lagern weile und auch geheime Reisen nach Triest, Venedig etc. unternommen habe. In Borgotaro waren die jugoslawischen Emigranten in einem Lager untergebracht, verkleidet und besetzt. Sie trugen eigene Uniformen und leisteten in der Umkleekammer des Ortes Militärdienst. Außer mit militärischen Übungen befaßten sie sich auch mit der Erkennung von Morse- und geheimen Chiffrezeichen und der Anweisung anderer Kenntnisse, die zur Durchführung terroristischer Aktionen notwendig sind.

## Tagesneuigkeiten

### Ein herrlicher Beweis

proletarischer Solidarität.

Die Lokalorganisation Sonnberg bei Graz in Südböhmen hat über drei hundert Kronen für die Hinterbliebenen der Opfer der Wiener Kartätschen-Christen aufgebracht. Diese dreihundert Kronen stellen den herrlichsten Beweis proletarischer Opferfähigkeit dar; denn Sonnberg ist eine der ärmsten Gemeinden im Lande, seit vielen Jahren von der Arbeitslosigkeit schwer heimgesucht. Bei den Genossen dort — wie ja jeder jetzt fast überall — spielt eine Krone eine große Rolle. Wenn die Sonnberger Sozialdemokraten dreihundert Kronen aufgebracht haben, so bedeutet das nicht eine für ihre Verhältnisse hochherzige Spende, sondern ein schweres Opfer, dem sie sich eben in nicht zu überbietendem Idealismus unterzogen haben. Sonnberg ist Leuchten des Beispiel. Es sei hier angeführt als eines der schönsten unter den vielen prachtvollen Beispielen proletarischen Opferwillens, die gerade die Sammelaktion der Partei für Wien geliefert hat.

### Ein Grazer Maschinenhaus gesprengt

Graz, 18. März. Durch einen Sprengstoffanschlag, dessen Motiv noch nicht klargestellt wurde, wurde gestern nachts das Maschinenhaus des in Gösting bei Graz liegenden Schotterwerkes der Firma C. Deutsch vollkommen zerstört. Um 23 Uhr 15 erfolgten im Maschinenhaus kurz nacheinander drei heftige Detonationen; das drei Etagen hohe Gebäude barst auseinander und die Wände stürzten zum Teil ein. Es müssen große Mengen Dynamit oder Ersatz explodiert sein, denn der 14.000 Kilogramm schwere Steinbrecher und der 1000 Kilogramm schwere Kompressor wurden durch die Explosion in viele Stücke zersplittert. Die umherfliegenden Eisen- und Mauerstücke gefährdeten die im Personalhaus wohnenden Arbeiter und ihre Familien, doch wurde niemand verletzt. Infolge des Anschlages ist das Werk, das täglich 250 bis 300 Kubikmeter Schotter erzeugt, vollkommen stillgelegt.

### Prager Wohnungseinbrecher verhaftet

In den letzten Wochen wurden in Prag nicht weniger als 36 Wohnungsdiebstähle verübt. Das größte Aufsehen erregte es, als die Einbrecher sogar die Wohnung eines Polizeikommissärs in Smichow austrümmten. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, der Bande habhaft zu werden. Sonntag nachmittags und in der Nacht auf gestern wurde eine Reihe von Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen vorgenommen, wobei viele gestohlene Gegenstände gefunden wurden. Rüst Personen, deren Namen noch geheimgehalten werden, sind schon in Haft. Der Führer der Diebstahlsbande wurde noch nicht gefunden, da aber sein Namen bekannt ist, ist seine Verhaftung eine Frage von Stunden.

### Der Ganner Insull

New York, 19. März. Am Sonntag trafen in New York Nachrichten aus Athen ein, daß der Chicagoer Finanzmann Samuel Insull, der in die Vereinigten Staaten zwecks Aburteilung wegen des betrügerischen Bankrotts seiner Unternehmungen in Chicago abtransportiert wird, auf offener See entführt werden soll. Der griechische Dampfer „Majotis“, auf welchem sich Insull befindet, wird von einer geheimnisvollen Nacht verfolgt. Selbst an amtlichen griechischen Stellen hält man es für möglich, daß sich Insull in Amerika

### Westböhmischer Arbeitersport

Der Fußballbetrieb ist bereits im besten Gange. Auf mindestens 50 Sportplätzen des westböhmisches Gebietes spielen vergangenes Sonntag Fußballmannschaften. Es waren nur Freundschaftsspiele, die Serie beginnt erst im April. Auch die übrigen Sportarten hatten vergangenes Sonntag Hochbetrieb. Die Turnerspieler und Samaritaner waren bei der Bezirksleiterkonferenz in Kallanau. Die Bezirke Karlsbad und Neufattel (Eibau und Kallanau) hatten ihren Bezirksverbandstag, bei welchem im ersten Bezirk 30 Vereine mit 62 und im fünften Bezirk 20 Vereine mit 59 Teilnehmern vertreten waren. Der Bezirk Eger und der Bezirk Graslitz hatten ihre Vertreter und Mannschaftsführer zu Tagungsversammlungen für die Bezirksvereine einberufen.

Fußball-Ergebnisse: Kallanau gegen Nischen 12:1, Hühner gegen Schönbrow 1:5, Bezirksteil, erster Bezirk gegen Stankau 1:1, Turidmit gegen Kransberg 2:1, Bundesmeister Graslitz gegen Sportklub Eibenberg 4:3, Turnerkreis Kallanau gegen Sportverein Mikolau 3:0.

Jahre seit dem Tode des Ministerpräsidenten Genossen Blastimir Tuzar vergangen. Der Tuzar gewesen ist, brauchen wir unseren Lesern nicht zu erzählen. Er hat für die tschechische Arbeiterchaft in den ersten Jahren nach dem Untergang ganz außerordentliches geleistet. Er war erst Generalsekretär in Wien, dann Ministerpräsident und zum Schluß Gesandter in Berlin. Weniger bekannt unter unseren Genossen wird A. P. Vejeli sein, der in den neunziger Jahren zu den interessantesten Genossen der tschechischen Arbeiterbewegung gehörte. 1894 in den Omladina-Prozeß verwickelt, hat er insbesondere als Redakteur eines damals erscheinenden volkstümlichen Blattes, „Jar“ Bedeutendes geleistet. Er hat auch einige in den neunziger Jahren weit verbreitete Broschüren geschrieben. Im Alter von dreißig Jahren ist er 1904 an Lungentuberkulose gestorben. — Bei der Trauerfeier, die Sonntag abgehalten wurde, würdigte Senatspräsident Dr. Soukup die Verdienste der beiden verstorbenen Genossen in einer ergreifenden Rede.

Die Pension des Senators Johanis. Die Prager Zeitschrift „Nedlni list“ brachte am 18. März die Nachricht, daß der sozialdemokratischen Partei angehörende Senator Johanis vom Zentralverband der Krankenkassen eine Pension von 5000 Kč beziehe. Genosse Johanis erwidert nun, daß die Nachricht unwahr ist und daß er vom Verband der Krankenkassen überhaupt nichts bekommt. Johanis hat gegen den „Nedlni list“ die Klage überreicht.

Ein tragischer Unfall ereignete sich Samstag abends auf dem Bahnhof in Trnava. Der Direktor des Landeskrankenhauses in Trnava Dr. Karl Krémery wollte in einen bereits in Bewegung befindlichen Zug einsteigen, wobei er stürzte und mit dem rechten Fuß unter die Räder gelangte. Nach der Ueberführung in das Krankenhaus verschied er.

Jahres- und Halbjahres-Eisenbahnfahrkarten mit Gültigkeit vom 1. April 1934 gibt nur die Staatsbahndirektion Prag, in besonderen Nummernlisten in Prag II, Masaryk-Bahnhof, oberhalb der Restauration der 2. Klasse, vom 26. März bis 7. April, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, aus. Am Samstag stets nur von 8 bis 12 Uhr. An Sonn- und Feiertagen wird nicht amtiert. Verhaltungen und Aufsenen können auch durch Vermittlung des dem Wohnorte des Bestellers am nächsten gelegenen Eisenbahnamtes erfolgen.

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Mittwoch.

Prag, Sender 2: 11.50: Deutsche Nachrichten, 12.10: Schallplatten, 16.50: Theater für Kinder, 18.25: Deutsche Sendung: Behn Minuten für den Radiomaneur, 18.35: Deutsche Arbeiter-Sendung: Grete Livius-Prag: Frauen als Berufskolleginnen, 20.25: Schallplatten, 20.35: Die Welt im Umbau. — Sender 3: 14.30: Konzert des Salonordreters, 15.10: Deutsche Sendung: Schoder: Krählinglieder, 15.20: Kinderfunk, 15.45: Deutsche Nachrichten. — Brunn: 16: Nachmittagskonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Konzert-Tunde, 21: Winterabend. — Mähr.-Odrau: 21: Orchesterkonzert. — Berlin: 20.30: Nordische Lieder. — Brüssel: 22.15: Kompositionen von Sautert. — Frankfurt: 21: Kammermusik. — Leipzig: 23: Radiokonzert. — Wien: 18.30: Verfilmte Künstler auf Schallplatten, 18.40: Aus dem Notoklo, 20.05: Symphoniekonzert.

## Die Mörder Ducas vor Gericht Ein Werk der „Eisernen Garde“

Vor dem Kriegsgericht in Bukarest begann Montag der Prozeß gegen die Mitglieder der Verschwörung, welcher Ministerpräsident Ducas zum Opfer fiel. Ducas wurde bekanntlich am 29. Dezember 1933 durch drei Revolverkugeln in dem Augenblick niedergestreckt, als er mit dem Zuge nach einer Audienz, beim König nach Bukarest zurückfahren wollte.

Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß es sich um eine Verschwörung handelt, an der 52 Angeklagte beteiligt sind. Diese sind alle verhaftet.

Am einzelnen schildert die Anklage die Vorbereitung zu dem Attentate, wie eines der Mitglieder der Organisation der „Eisernen Garde“ durch

das Los bestimmt, die Durchführung des Attentates ablehnte, worauf sich die drei Hauptangeklagten Constantinescu, Caranica und Vesli in a c e meldeten, um das Attentat durchzuführen. Ihr Versuch, vor dem Gebäude des Präsidiums der Regierung in Bukarest mißlang, weshalb sie nach Sinaja reisten, um dem Vorfall, Ducas zu beistehen. Die drei Hauptangeklagten sind nach der Anklage des Mordes schuldig, die übrigen werden wegen Verschwörung abgeurteilt werden.

Heute wurden die Personalakten der 52 Angeklagten aufgenommen, worauf 600 Zeugen über diese Personalakten einberufen werden sollen. Nach der Zahl der Verteidiger zu schließen, dürfte das Urteil erst etwa in einem Monat gefällt werden.

### Natürlich in . . .

Berlin, 17. März. Der Amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Heute morgens ist in G 5 1 in der Mörder der Hausangestellten Margarete Krutz, Vincenz Barcellona, der von dem Schutzwart in Köln am 28. Juni 1933 zum Tode verurteilt wurde, h i n g e r i c h t e t worden.

Der preussische Ministerpräsident hat von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, weil Barcellona, der in Italien, Frankreich und Belgien verhaftet ist, nach seinem ganzen Vorleben eines Gnadenbeweises nicht würdig erscheint.

**Der tödliche Eingriff.** Von gewissenlosen Kurieren wurde eine Verkäuferin aus H a i d a zu Tode gemartert. Das Mädchen wollte die Folgen eines Liebesverhältnisses beseitigen und kam zu einer in Neustadt wohnenden Hebamme, die zur Zeit gerade wegen verbotenen Eingriffen eine Kerkerstrafe verbüßt. Der S o h n der Hebamme, den das Mädchen in der Wohnung antraf, erbot sich, gegen einispredendes Entgelt den Fall zu behandeln, wobei er auf seine „Spezialkenntnisse“ hinwies. Vier Wochen lang quälte er das Mädchen mit Eingriffen, zog schließlich noch einen „Asiikentien“ bei, der sich dem Mädchen gegenüber als Dr. Demuth aus dem Leipziger Krankenhaus ausgab. Die beiden gewissenlosen Kurieren bedeuteten dem gequälten Geschöpf, das schon ganz verfallen war, daß „alles in Ordnung“ sei. Als sich jedoch Fieber einstellte, brachte man das Mädchen zu einem Leipziger Arzt, der sofort erkannte, daß ein Verbrechen verübt worden war. Der Arzt hätte die Bedauernswerte allerdings sofort ins Krankenhaus bringen lassen sollen. Er nahm jedoch eine Operation vor, nach welcher das Mädchen starb. Auf diese Weise hatte er sich zunächst selbst in ein schlechtes Licht gebracht. Bald gelang es aber, den Sachverhalt aufzuklären und den Täter auszuforschen, der nach seiner Verhaftung ein Geständnis ablegte. Den Namen seines Helfers verdrängte er bisher, doch wird es gelingen, auch diesen zu fassen.

**Maßnahmen gegen Kohlendiebe auf den Bahnen.** Auf Anregung der Direktorenkonferenz des Odra-Narwiner Steinkohlenreviers fand letzter Tage in Brunn unter dem Vorsitz des Staatsbahndirektors Wagner eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Staatsbahndirektionen Brunn und Osmah darüber statt, wie man den Kohlendiebstählen auf den Strecken der genannten Direktionen strenger steuern könnte. Der Vertreter des Eisenbahnministeriums Czukil referierte, welche Vorkehrungen gegen die Eisenbahndiebstahl von der Eisenbahnerverwaltung bisher durchgeführt wurden. Großes Interesse riefen die Maßnahmen in Lundenburg hervor, wo die Eisenbahnerverwaltung mit einem großen Aufwand entlang der Strecke D r a h t v e r h a u e errichtet und die Kohlenlager mit einem Zaun umgeben hat. Ferner will man an die Bewaffnung der Wächter mit einer Schußwaffe schreiten und S a c h a b t e i l u n g e n aus den Reihen der Eisenbahngestellten bilden. Am Samstag wurden zwei Dienstbunde nach Lundenburg gebracht. Die Eisenbahnerverwaltung beabsichtigt, Dienstbunde allmählich auch in anderen Stationen einzuführen. Sie wird nach dem Muster der Deutschen Reichsbahnen ihren Hundestall für Jucht und Ausbildung der Dienstbunde errichten und verspricht sich hiedon großen Erfolg.

**Jugendentleistung ohne Folgen.** Der Personenzug Nr. 5002 entgleiste am Montag auf der Strecke Deutschbrod—Humpolec bei der Haltestelle Madkon mit der Lokomotive und allen drei Waggons. Einen Unfall hat niemand erlitten. Der Sachschaden ist gering. Der Verkehr der Reisenden nach Humpolec erfolgte durch Straßenautobusse. Der Verkehr wurde am selben Tage um 15 Uhr wieder aufgenommen.

**Ein sozialistischer Held in Italien.** In der Prozeßverhandlung gegen die Urheber des Attentates vom 25. Juni 1933 gegen die Peterskirche in Rom vor dem Sondergericht zum Schutze des Staates, erklärte der Angeklagte C l a u d i o C i a n c a, daß er die Verantwortung für die begangenen oder geplanten Terrorakte übernehme. Er habe sich bei seiner Haltung von sozialistischen Prinzipien leiten lassen. Er bestreitet, daß sein Vater mit den Terrorakten etwas zu tun gehabt habe. Cianca gestand, daß er der Urheber des Bombenattentates in der Peterskirche war und daß er ein Attentat gegen den Regierungschef geplant habe. Dagegen bestreitet er, beabsichtigt zu haben, dafür tödliche Gase zu verwenden. Er habe den Tod unbeteiligter Drittpersonen unter allen Umständen verhindern wollen.

**Todesurteil gegen die Eltern wegen Kindesmordes.** Das Reichsgericht in Leipzig hat die vom Schwurgericht Landberg an der Warthe am 11. Jänner d. J. verhängte Todesstrafe gegen den früheren Landwirtschaftsarbeiter F r a n z S t ö b e r und dessen Ehefrau bestätigt. Das Elternpaar hatte sein drei Monate altes Kind in der Nähe eines Bohrhafens in der Neumark getötet und an Ort und Stelle verscharrt.

**Orden der Oberhunen.** Der Reichsstatthalter für Oldenburg-Western, Nöwer, erklärte, daß Hitler einen Führerorden schaffen werde. In diesen Orden würden die „besten Männer“, die sich in den vergangenen Kämpfen der letzten Jahre bewährt haben, berufen. Sie würden Garantien sein einer einheitlichen Führung und eines einheitlichen Willens in der Politik für das Leben des deutschen Volkes. Dieser Führerorden wird etwa 60 bis 80 Mitglieder haben.

# Goering enthüllt Greuel!

In dem Erlass Goerings, der die Reorganisation der Schutzhaftlinge vorsieht, bemerkt der „Neue Vorwärts“, daß dieser Erlass nur die Konzentrierung der Greuel in den Händen Goerings vorsieht und läßt dann fort:

Es geht aus dem Erlass hervor, daß weder Goering, noch die Geheime Staatspolizei bisher Kenntnis von der Zahl der Inhaftierten der Konzentrationslager, geschweige denn von ihren Namen und den Gründen der Internierung hatten! Die gleichzeitig erfolgte Angabe von Diebstahl über die Zahl der Gefangenen wird dadurch als dreifach Schwandel entlarvt.

Es wird durch diesen Erlass gestanden, daß SA-Führer, Polizeichefs, Verwaltungschefs, Parteiführer ihre Privatgefangenen haben, daß eine Laune eines örtlichen NSDAP-Führers Menschen in den Konzentrationslagern verschwinden lassen konnte.

Es wird zugestanden, daß tollste Willkür herrschte! Die Willkür sieht der Erlass trotzdem als „Rechtssicherheit“ an. Was nun kommen soll, wird gar als „erhöhte Rechtssicherheit“ bezeichnet. Wie sieht formal diese „erhöhte Rechtssicherheit“ aus?

Die administrative Schutzhaft muß nach acht Tagen von Goering bestätigt werden. Wird sie wegen Verdachtes strafbarer Handlungen verhängt, so muß ein richterlicher Haftbefehl herbeigeführt oder die Haft aufgehoben werden — aber

**Bei Forschungsarbeiten in der Donica-Höhle** in der Slowakei wurde durch den Oberrezipienten Nasta ein neuer Gang gefunden. In einem kleinen Seitengang, der ungefähr 170 Meter lang ist, wurde ein vollständiger Schädel eines Menschen gefunden, der in Kalkstein eingeschlossen und von Kalkstein umgeben ist. Die Kalksteinumgebung genügt für das große Alter des Schädelns. Dieser sensationelle Fund eines mindestens 5000 Jahre alten Schädelns ist ein Beweis dafür, daß die Höhle von Menschen bewohnt war.

**Todesprung von der Prager Jirásek-Brücke.** Gestern gegen 7 Uhr früh sprang eine unbekannte Frau von der Jirásek-Brücke in Prag in die Moldau. Sie schwamm noch eine ziemlich weite Strecke, bis sie das Wehr erreichte und sich festhielt. Als ihr jedoch Polizeimänner in Booten zu Hilfe eilten, ließ sie sich von der Strömung unter das Wehr ziehen. Ihre Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

**Furchtbarer Selbstmord.** Die 38jährige Hausgehilfin A. G. aus Brünn verübte auf erschreckende Weise Selbstmord. Sie überschüttete ihre Kleider mit Benzin und zündete sie an. Sie wurde erst am nächsten Tag von Hausleuten tot aufgefunden. Die Leiche wurde ins gerichtsmedicinische Institut gebracht. Die Ursache der Verzweiflung ist eine unheilbare Krankheit.

**In Lorent wurde Montag das neue italienische Unterseeboot „G a l i l e i“ vom Stapel gelassen.** Es ist ein Unterseeboot von mittlerem Aktionsradius mit einer Wasserdrängung von 1000 Tonnen an der Oberfläche und von 1300 Tonnen im Tauchzustand.

**Schwedischer Galeerenführer geflüchtet.** Der schwedische Galeerenführer, Ralte W e l l i n, der als eifriger Hitleranhänger in Stockholm mehrere Zeitungen gründete und einen Herausrag für skandinavische Literatur an der Berliner Universität erhalten hatte, ist nach einem Vankrott, hinter dem betrügerische Machenschaften vermutet werden, geflüchtet. Man glaubt, daß er nach Deutschland geflohen ist.

## Was wird?

Es war vor einigen Monaten, als ich das letzte Stempelpostgeld geholt und zu Hause auf den Tisch gelegt hatte, da fragte meine Mutter mit einem verzweiferten Ton in der Stimme: „Was soll nun werden, wenn auch du ausgereutet bist? Der Letzte, der etwas gebracht hat!“

Ich gab auf diese Frage keine Antwort. Was sollte ich auch sagen? Vielleicht, daß bestimmt irgend eine Hilfe kommen werde, weil wir ja auch alle ähnlichen Situationen der letzten Jahre überdauert hatten? Sollte ich darauf hinweisen, daß Gott bekanntlich niemanden verläßt oder einen der üblichen Wege machen, mit denen man oft unangenehme Fragen zu erledigen versucht? Ich tat nichts von alledem. Ich wählte keinen Ausweg und schwieg.

Dann geschah doch das Gefürchtete: meine Mutter nahm den Bleistift, ein Stück Papier und begann darauf zu rechnen. Auf die eine Seite des Blattes schrieb sie in langer Kolonne das, was wir unbedingt brauchten, um Leben zu können: Brot, Zucker, Mehl, Kartoffeln . . . Auch dann, wenn wir unsere Ansprüche auf das niedrigste Maß herabschraubten, kamen wir nicht darüber hinweg, daß wir doch etwas essen mußten, wenn es auch fort jeden Tag dasselbe war. Die Mutter konnte in dieser Reihe nichts streichen, so oft sie auch den Verzicht einiger Posten in Erwägung zog. — Dann kamen die Einnahmen an die Reihe; mit dieser Arbeit war wenig Mühe. Bei uns hat ein einziges Familienmitglied ein Einkommen von Hundert-

„Ausnahmeweise“ ist auch ihre Aufrechterhaltung gestattet! Dienststellen der Partei dürfen Festnahmen von sich aus nicht tätigen. Das ist alles!

Bei diesem Erlass hat das Recht und das Interesse der Verhafteten keine Rolle gespielt, sondern lediglich das Interesse der despotischen Regierung, den Terrorapparat fest in ihrer Hand zu konzentrieren. Es dient nicht dem Recht, sondern der Sicherung der despotischen Staatsmacht gegen ihre eigenen Werkzeuge!

Was sich aber nicht ändert, das ist die Hauptsache!

**Kleine und kleine Konzentrationslager sollen aufgelöst werden — aber die großen Konzentrationslager bleiben bestehen!**

Die Konzentrationslager bleiben nach wie vor in der Hand der SA. Es bleibt den Greueln, bei der Marterung der Gefangenen, bei der unmenschlichen Behandlung.

Es bleibt bei den Erschießungen auf der Front.

Es bleibt bei den niederträchtigen Methoden der Geheimen Staatspolizei, bei den Folterungen der Gefangenen in den Kellern des Hauses in der Prinz Albrechtstraße und im Columbiengang in Berlin!

Es bleibt bei den administrativen Verhaftungen, bei der Willkür der Verwaltung, es bleibt bei der vollkommenen Rechtslosigkeit der Objekte des Terrors!

## Der Brüner Kasernensturm

vor dem Obersten Gericht

Brünn, 19. März. Der Senat des Obersten Gerichtshofes hat unter dem Vorsitz des ersten Vorsitzenden Dr. Vladimír Rajnor heute um halb 9 Uhr die auf drei Tage berechnete Verhandlung über die Verurteilung der Angeklagten des öffentlichen Anklägers und des Angeklagten Kojimel gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 26. Juni 1933 begonnen. Es sind 11 Verteidiger aus dem Prozeß beim Staatsgerichtshof und eine Reihe von Angeklagten als Zuschauer zugegen, unter ihnen G a j d a und Jährlich T e j a l.

Der Vorsitzende Dr. Rajnor gab die Strafsache bekannt, worauf der Reizent Dr. C e r n ý den Inhalt der Anklage und den Teil des Urteiles verlas, insoweit sich auf ihn die beiden Verurteilungen beziehen.

Es handelt sich um den bekannten Heberfall verhafteter Festen unter Kojimels Führung auf die Kasernen in Schimig bei Brünn. In dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof waren insgesamt 59 Personen angeklagt, von denen 47 wegen des Verbrechens des Aufstehs unbedingt verurteilt wurden, darunter der Hauptangeklagte Kojimel zu sechs Jahren und drei weitere Angeklagte — S u k i l, R e d v e d i c h l und M i c e l — zu vier, drei und zwei Jahren schweren Kerkers.

Gajda, weiters der faschistische Landesorganisator in Währen, Major i. R. U v i r a und eine Reihe faschistischer Funktionäre sowie zwei Militärpersonen — der Rotmeister T e j a l und der Stabrotmeister J a l u b — waren freigesprochen worden.

Gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes brachte der Staatsanwalt die Verurteilung ein, in der er u. a. einwendet, daß die Angeklagten nicht auch nach § 1 des Republikengesetzes, d. i. wegen des Verbrechens des Aufstehs gegen die Republik und anderer Straftaten, wie Raub, öffentliche Gewalttätigkeit abgeurteilt wurden.

Die heutige Verhandlung wurde mit der Verlesung des Urteils des Staatsgerichtshofes beendet.

zwanzig Kronen, die drei übrigen beziehen die staatlichen Ernährungsarten, so daß sich ein Gesamteinkommen von zweihundertvierzig Kronen ergibt. Nach Abrechnung nur des Mietzinses blieben für die Ernährung eines Menschen wöchentlich zwölf Kronen fünfzig Heller übrig. — Auch die peinlichsten Berechnungen meiner Mutter ergaben das Resultat, das wir damit nicht leben konnten.

Dieses Ergebnis rief jedoch in mir keineswegs eine tiefere Gemütsbewegung hervor. Im Gegenteil. — Ich empfand eine seltsame Befriedigung darüber, daß meine Tage auf dieser schönen Erde nun menschlichen Voraussetzungen nach, endgültig gezählt waren. In der Unsicherheit und Trostlosigkeit unseres Daseins war eine klar umrissene Gewissheit entstanden: das Ende kam. Mit mathematischer Sicherheit war unsere Vernichtung vorgezeichnet. Es gab keine Unsicherheit mehr, keine quälenden Sorgen um das, was morgen sein würde. Die nächsten Zahlen entzogen uns aller Zweifel und sagten uns ehrlich in das Gesicht: „Du wirst zugrunde gehen!“ — Ich nahm das Ergebnis zur Kenntnis und fand keinen Anlaß, mich darüber zu erregen. Ich war selten so ruhig gewesen; die folgenden Tage konnte man als reines Gesicht betrachten.

Es zeigte sich jedoch, daß die Rechnung nicht stimmte. Die Zahl der Unterstützungsempfänger wurde um 30 Prozent herabgesetzt. Wer konnte dafür, daß wir drei in diese 30 Prozent einbezogen wurden und in weiterer Folge unser Verpflegungskosten um ein beträchtliches gesenkt wurde? An dem Endresultat konnte das, wie vorstehende Betrachtung zeigte, freilich nichts ändern.

## Dank der Kriegsoffer an Gen. Dr. Czech

Nicht nur in den Reihen der Arbeiterschaft hat die Arbeit des Genossen Dr. Czech, die er als Fürsorgeminister geleistet hat, Anerkennung gefunden, sondern weit über diesen eng mit seiner Lebensarbeit verbundenen Kreis, wird ihm heute, da er ein neues Aufgabengebiet betritt, für seine unermüdete Tätigkeit im Dienste der sozial Schwachen herzlich gedankt und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß ihm auch als Arbeitsminister die Sorge um die Armen und Bedrängten Begleiter sein möge. So lesen wir im „Der Kriegsoffizier“, dem Organ des Bundes der Kriegsoffiziere, Witwen und Waisen, in einem anleitender Stelle des Blattes vom 10. März erscheinenden Artikel u. a. folgendes:

„In einer solchen Zeit Minister für soziale Fürsorge zu sein, ist eine Aufgabe, deren Bedeutung nur wenige ermessen können. Und wenn an dieser Aufgabe die Leistung des Ministers Dr. Czech in diesen 50 Monaten gemessen werden soll, dann muß gewertet werden nicht nur das, was Dr. Czech geschaffen, sondern auch das — und besonders das — was er verhindert hat.“

Es ist begreiflich, daß wir Kriegsoffer die Arbeit Dr. Czech's von unserem Gesichtspunkte aus betrachten und würdigen wollen und da können wir feststellen, daß wir allen Grund haben, dankbaren Herzens seiner Tätigkeit für uns zu gedenken.

Als Minister Dr. Czech das Ressort der sozialen Fürsorge übernahm, war eine seiner ersten Taten die Besserstellung der Säuglingsinvaliden und erwerbsunfähigen Witwen und auch Waisen. Die sogenannte II. Novelle zum Verjüngungsgesetz war ein mächtiger Schritt nach vorwärts in der Verjüngung der tschechoslowakischen Kriegsoffiziersfürsorge.

Die Ausgestaltung des Invalidenfonds und seine praktische Auswertung für diejenigen Kriegsoffer, die die gesetzliche Anmeldefrist veräumt haben, half viele Not lindern.

Wenn Minister Dr. Czech in seinem Exposé im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses am 22. November 1933 darauf hinwies, daß das Fürsorgeministerium, da für eine legislativische Ausgestaltung der Kriegsoffiziersfürsorge die Möglichkeiten nicht gegeben waren, seine Kräfte darauf einwirken mußte, daß an der bestehenden gesetzlichen Regelung der Kriegsoffiziersfürsorge nicht gerührt wird und daß der Kreis seiner Schutzbefohlenen und das Ausmaß, der gesetzlich normierten Leistungen unberührt bleibt, so dürfen wir gerade darin das größte Verdienst Minister Dr. Czech's erblicken, weil wir wissen, daß Dr. Czech gerade hier seine ganze Persönlichkeit mit einer Energie und Beharrlichkeit eingesetzt hat, die in seinen bescheidenen Worten seines Erfolges gar nicht zum Ausdruck kommen. Daß Minister Dr. Czech so gab und aufopfernd seine Stellung für uns behauptet hat, dafür muß ihm jeder Einzelne von uns besonderen Dank wissen.

Und die Stellung Dr. Czech's zu den Organisationen der Kriegsoffer! Es geschah nichts, wo nicht die Organisationen um ihre Meinung gefragt wurden, wo ihnen nicht Gelegenheit gegeben war, den Standpunkt der Kriegsoffiziersfürsorge zu äußern. Und jeder einzelne Kriegsoffizier bekam vom Minister Dr. Czech eine persönliche Antwort, wenn er ihm schrieb.

Unsere Organisation, der Bund der Kriegsoffiziere, Witwen und Waisen, hat immer die Linie der Neutralität der Parteitätigkeit eingehalten, wir haben nie nach links noch rechts geschwankt, in unserem Lager sind alle politischen Parteiangehörigen vertreten, wir stützen uns nicht auf bestimmte politische Parteien, weil wir der Meinung sind, daß unsere Interessen alle politischen Parteien zu wahren haben und gerade aus dieser Einstellung heraus fühlen wir uns berechtigt, Minister Dr. Czech für seine Arbeit zum Nutzen der Kriegsoffer der Tschechoslowakei im Namen aller Kriegsoffer ohne Unterschied der Partei den tiefsten Dank auszusprechen. Unsere Wünsche beglücken ihn an seinen neuen, nicht minder schweren Arbeitsplatz.

Seither ist keine Wendung zum Besseren eingetreten und doch müssen wir sagen, daß die Schlüsse von damals irrig waren. Wir sollten ja längst von der Oberfläche des Klumpens Erde verschwinden sein. Es war ja mit mathematischer Genauigkeit festgelegt, daß wir gehen mußten. Es tut mir wirklich leid, aber ich bin trotzdem noch hier und schreibe diese Zeilen in der Gewissheit, daß der Mensch unserer Zeit über jede Wissenschaft und Mathematik erhaben ist. Wir werden zwar langsam andere Wesen, auf die man nicht mehr die Begriffe und Voraussetzungen von ehedem anwenden darf, aber wir bleiben hier, allen Bürokraten und anderen Menschenfreunden zum Trost. Viele von uns haben längst die Freisart für die Fahrt ins Jenseits ausgestellt erhalten und machen von ihr keinen Gebrauch. Wir verachten die Schlüsse der fahlen Vernunft, wir wiederlegen die Nichtigkeit der Mathematik, indem wir in schwindelhafter Weise unsere Existenz aufrechterhalten.

Aber das ist das Furchtbare: daß man sich an alles zu gewöhnen beginnt. Man vergißt, daß diese Welt noch eine Forderung zu erfüllen hat: das Recht auf Freude, auf planvolles, dem Leben sinngebendes Schaffen, das Recht auf sorglos fröhliche Tage. Hunderttausende gibt es, die schon berufen haben, daß sie von dieser Welt mehr als ein jammervolles Dasein verlangen dürfen. Es geschieht auch, daß viele, die in den Nächten wach liegen, irgendeinem Schöpfer dafür danken, daß er ihnen gestattet, den Prozeß ihres physischen und physischen Absterbens über einen größeren Zeitraum auszudehnen.

R. G.

